

NATO

Zentrale an den Rhein?

In der Brüsseler Nato-Zentrale plädieren immer mehr Verbündete für einen Umzug nach Bonn. Grund: wachsende Verärgerung über die belgischen Behörden. Das 1967 als Übergangsdwizil errichtete Nato-Gebäude ist mittlerweile in Teilen baufällig.

Um auf die für 1999 geplante Osterweiterung und den damit verbundenen Bürobedarf vorbereitet zu sein, möchte die Allianz bauen, zumindest aber den Brüsseler Altbau sanieren und erweitern. Ein geeignetes Nachbar-Grundstück wurde jedoch anderweitig verkauft. Ersatzweise bot Belgien ein ausgemustertes Militärhospital fernab vom Stadtzentrum in Lärmnähe zum Brüsseler Flughafen an. Weil dort obendrein einige hundert Millionen Mark für Baumaßnahmen nötig würden, empfindet die Allianz den Vorschlag als Zumutung.

Das wäre so, heißt es in der Umgebung von Nato-Generalsekretär Javier Sola-

na, „als würde man das Bonner Verteidigungsministerium in die Lüneburger Heide schicken“.

Solana will noch vor Weihnachten mit den Nato-Außenministern über Optionen beraten und im kommenden Frühjahr eine Entscheidung in der Angelegenheit erwirken. Ein Angebot Bonns, nach dem Regierungsumzug an die Spree die Nato-Zentrale an den Rhein zu holen, würde nach dem Eindruck von Diplomaten von den meisten Alliierten „gerne angenommen“ – allerdings unter einer Voraussetzung: Der Umzug der Nato-Zentrale an den Rhein darf nichts kosten.



Nato-Zentrale in Brüssel

REPORTERS

SPIONE

Unwissende Kontrolleure

Die Bundesregierung hat dem Parlament den Fall des Irak-Spions Jürgen Mohammed Gietler (SPIEGEL 47/1997) verschwiegen. Auf einer Sondersitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) gestand vorige Woche Kanzleramtschef Friedrich Bohl ein, das Kanzleramt habe das für die Kontrolle der Geheimdienste zuständige Gremium nach der Festnahme im August 1990 nicht unterrichtet.

Bohl entschuldigte sich dafür. Wahrscheinlich sei der Fall damals „aus Zeitgründen“ nicht erörtert worden. Bundestagsvizepräsident Burkhard Hirsch (FDP) drohte nach der schlappen Ausrede damit, er werde seiner Fraktion empfehlen, die Mitarbeit in der PKK einzustellen. Gietler, Registrator im Auswärtigen Amt, hatte 1990 Hunderte Verschlusssachen über die Golf-Krise an Bagdad geliefert. Den Verdacht der Parlamentarier, Bonn habe auch Washington nicht über das ganze Ausmaß des Verrats informiert, bestritt die Bundesregierung vehement: Der damalige Innenstaatssekretär

Hans Neusel habe persönlich den CIA-Stationschef unterrichtet. Für den PKK- und Innenausschuß-Vorsitzenden Willfried Penner (SPD) ist der Fall ein „schwerwiegender Vorgang“. Geklärt werden müsse, welche Konsequenzen das Auswärtige Amt aus dem leichten Zugang zu diskreten Unterlagen gezogen habe. Außerdem stelle sich die Frage: „Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Verratsfall und der hohen Beteiligung Bonns an den Kosten des Golfkriegs mit 17 Milliarden Mark?“

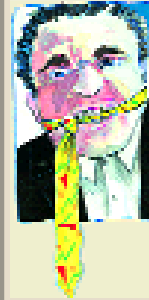


P. FRISCHMUTH / ARGUS

Gietler

Am Rande

Herzlichst, Ihr Wähler



Demokratie in Deutschland besteht aus einem Wahltag, an dem die Gemeinschaft der Demokraten sich (maßvoll) bemerkbar machen darf, sowie drei Jahren und 364 Tagen, an denen sie zu parieren, Steuern zu zahlen, Sozialprodukt zu erwirtschaften hat.

Peru (ausgerechnet Peru) weist uns nun einen leuchtenden Pfad zu mehr unmittelbarer demokratischer Verantwortlichkeit. Dort wurden am vorletzten Sonntag 41 Bürgermeister und 85 Stadträte strafweise abgewählt, weil sie der Korruption verdächtig sind oder weil sie ihre Wahlversprechen nicht eingehalten hatten. Sie werden bis zur nächsten regulären Wahl durch die Zweitplazierten auf der Liste ersetzt. Der Wähler machte von seinem neuen Recht Gebrauch, das Mandat, das er dem Kandidaten seiner Wahl erteilt hat, jederzeit zu widerrufen.

Jeden Tag Volksherrschaft, ist das nicht wunderbar? Das wäre doch sicher auch was für uns.

Gewiß. Politischer Anstand würde quasi einklagbar. Der Minister, der sein Lehrstellenversprechen nicht hält, der Heidebürgermeister, der seinen Parteifreunden mit Baugenehmigung die Sumpfwiesen vergoldet – sie alle könnten nicht mehr auf die schöne Tugend des Vergessens bauen. Weg mit ihnen, subito.

Wichtiger noch: Die politische Klasse verlore ihr skandalöses Recht, über ihre eigenen Existenzbedingungen zu bestimmen. Man hätte endlich auch ein Mittel gegen korrupte Abgeordnete, die ja (anders als korrupte Beamte) strafrechtlich nur äußerst schwer zu packen sind.

Und ein Zuchtmittel, mit dessen Hilfe man die Parlamentarier in die Pflicht nehmen könnte. „Abgeordneter Schmidt-Uckermark, wie oft haben Sie letztes Jahr Spesen abgerechnet für Ausschusssitzungen, die sie geschwänzt haben? 14mal, aha. Holen Sie sich Ihre Papiere! Ab in die Uckermark. Herzlichst, Ihr Wähler.“

Aber es wird wohl doch nicht gehen. Denn die Politiker werden nicht ihre eigene Disziplinierung beschließen. Eher beschließen die Krokodile, Jackettkronen aus Schaumgummi zu tragen, damit sie keine Missionare mehr fressen können.